14.09.2022

**Antrag der SPD - Stadtratsfraktion Rheinfelden vom 05.07.2022
Einführung einer Kastrations-, Kennzeichnungs-, und Registrierungspflicht
für Katzen mit Freigang**

Stellungnahme:

Gemäß §13b kann eine Stadt bzw. Gemeinde eine Verordnung festlegen um den Schutz freilebender Katzen zu gewährleisten.

Mit Stand Mai 2022 haben in Baden-Württemberg insgesamt 34 Städte und Gemeinden, eine entsprechende Katzenschutzverordnung erlassen.

Zentraler Inhalt einer Katzenschutzverordnung ist die Einführung einer Kastrations -, Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht für Halterkatzen, denen unkontrolliert Auslauf gewährt wird.

Katzenhalterinnen und Katzenhalter, die ihrer Katze freien unkontrollierten Auslauf gewähren, müssen nach dieser Verordnung ihre Katze bei einem Tierarzt/Tierärztin auf eigene Kosten kastrieren und kennzeichnen zu lassen.

Durch die Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht wird die Halterermittlung erheblich vereinfacht. Eine Kennzeichnung ohne Registrierung ist wirkungslos. Nur so können die entlaufenen und ausgesetzten Katzen einem Halter zugeordnet werden.

Nach einer Umfrage bei den Städten/Gemeinden die eine Katzenverordnung eingeführt haben wurde ersichtlich, dass eine solche Maßnahme wegen des Wanderverhaltens der Tiere nur Sinn ergibt, wenn die umliegenden Orte (Städte/Gemeinden) dieselbe Verordnung erlassen würden.

Nach Rücksprache mit den Ämtern für Öffentliche Ordnung in Lörrach, Weil am Rhein und Schopfheim geht hervor, dass dort keine Katzenschutzverordnungen geplant sind. Bisher hat noch keine Stadt bzw. Gemeinde in den Landkreisen Lörrach und Waldshut, eine Katzenschutzverordnung erlassen.

Was sind die Voraussetzungen für den Erlass einer Katzenschutz-Verordnung?

Im ersten Schritt, verlangt § 13b Satz 1 TierSchG Nachweise, dass eine entsprechende Katzenproblematik bei den freilebenden Katzen in der Gemeinde besteht.

Hierfür bedarf es einer umfangreichen Dokumentation diese sich mindestens über 2 Jahre erstreckt, dass eine hohe Katzenpopulation (Kolonien freilebender Katzen) und damit einhergehende Tierschutzprobleme (Schmerzen, Leiden, Schäden) bestehen.

Die Daten und Informationen hierfür werden mittels Fragebögen bei den örtlichen Tierschutzvereinen vorgehalten.

Frau Nuss wurde in einem persönlichen Gespräch am 19.09.2022 darüber informiert und darum gebeten, dem Amt für öffentliche Ordnung, Dokumentationen bzw. Nachweise über einen Zeitraum von 2 Jahren zu erheben und einzureichen.

Anhand dieser Dokumentation, diese Grundvoraussetzung ist, kann entschieden werden, ob eine Katzenschutzverordnung überhaupt eingeführt werden kann.

Im nächsten Schritt bedarf es der Feststellung, dass andere Maßnahmen als die jetzt zu erlassende Katzenschutzverordnung nicht ausreichend waren.

Als solche anderen Maßnahmen werden in § 13b Satz 4 TierSchG gezielte Maßnahmen in Bezug auf die freilebenden Tiere (Einfangen-Kastrieren-Freisetzen) genannt. Daneben können auch Aufklärungsmaßnahmen mittels Flyer, Veranstaltungen etc. der Katzenhalter, bzw. das Hinwirken auf eine freiwillige Beschränkung des Auslaufs oder freiwillige Unfruchtbarmachung durchgeführt werden.

Eine gewisse Problematik in der Durchsetzung der Vorschriften einer kommunalen Katzenschutzverordnung (Verstöße gegen Kennzeichnungs-, Registrierungs- und Kastrationspflichten) besteht darin, dass es derzeit nicht möglich ist, eine Zuwiderhandlung als Ordnungswidrigkeit zu ahnden, da der Ordnungswidrigkeitenkatalog für Verstöße gegen das Tierschutzgesetz keinen Verweis auf § 13b des TierSchG enthält. Verwaltungsrechtliche Zwangsvollstreckungsmaßnahmen wie zum Beispiel Androhung bzw. Festsetzung von Zwangsgeldern bleiben hiervon unberührt.

Weiter müsste man sich um die personelle Organisation, den Ablauf sowie Kosten kümmern, um die Tiere einzufangen und die nötigen Maßnahmen durchzuführen.

Die Einführung einer Kastrations-, Kennzeichnungs-, und Registrierungspflicht für Katzen mit Freigang ist mit einem Mehraufwand verbunden, der bei der momentanen personellen und finanziellen Lage nicht vertretbar erscheint.

Nach Rücksprache mit dem Landratsamt Lörrach, Sachgebiet Veterinärwesen, wurde bestätigt, dass die Voraussetzungen für den Erlass einer solchen Verordnung mit einem großen Mehraufwand verbunden sind und zunächst die beschriebenen Schritte eingeleitet werden müssen. Dies ist eine zwingende gesetzliche Vorgabe.

gez. Rago
Amtsleiter
Amt für öffentliche Ordnung